



Yvan Perrin

Interview mit Yvan Perrin, Nationalrat und Polizei-Inspektor

Warum kann man behaupten, dass Gewalt an der Polizei der Gewalt am Staat gleichkommt?

Da ein Polizist vom Staat den Auftrag erhält, die öffentliche Gewalt auszuüben, ist er Stellvertreter der Instanz, die ihm diese Aufgabe überträgt. In dieser Funktion erwartet man von ihm ein einwandfreies Verhalten, er prägt das Bild des öffentlichen Kollektivs, das ihm seine Machtbefugnisse verliehen hat. Staat und Polizei sind eng miteinander verbunden, die Polizei ist die bewaffnete Hand des Staates. Unter diesen Bedingungen kommt ein Angriff auf einen Polizisten einem Angriff auf den Staat gleich.

Wie nehmen Sie als Politiker dieses Thema wahr?

Ich sehe eine grosse Distanz zwischen dem Schutz, den die Gesellschaft einem Delinquenten gewährt – vor allem auch durch die Polizei, die genau festgelegte Verfahren befolgen muss, z.B. bei Zwangsanwendung – und dem, was einen Polizisten erwartet, wenn er angegriffen oder verletzt wird, oder wenn ihm noch Schlimmeres widerfährt. Als Vertreter des Staates sollte der Polizist auf eine Unterstützung zählen können, die zumindest den Erwartungen entspricht, die man seiner Arbeit entgegenbringt. Leider zeigt

die Erfahrung, dass dies bei weitem nicht der Fall ist, man kann sogar von einer Umkehrung der Beweislast sprechen. Meistens gilt der Polizist als schuldig, solange er nicht bewiesen hat, dass er entsprechend dem Gesetz und der Befehle gehandelt hat.

Welche politischen Lösungen gibt es zur Bekämpfung der Gewalt gegen die Polizei?

Erstens muss systematisch jede Form von Aggression gegen die Polizei verfolgt werden. In der Praxis muss der Polizist eine eventuelle Strafverfolgung selbst in die Wege leiten, worauf er oft verzichtet, sei es zur Konfliktvermeidung oder aus Mangel an Unterstützung durch seine Vorgesetzten. Dies hat zur Folge, dass die Verantwortlichen sehr oft einer Bestrafung entkommen und bereit sind, rückfällig zu werden, meistens mit einem etwas höheren Gewaltmass. Zweitens müssten natürlich die Angriffe auf die Vertreter des Staates energisch bestraft werden, weil sich der Verursacher nicht nur an einer Person vergreift, sondern auch am Gemeinwesen, das diese Person repräsentiert. Der Staat muss die klare Botschaft vermitteln, dass man ihn nicht ungestraft angreift. ■